



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.226.313

Wien, am 16. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Sabine Schatz, Genossinnen und Genossen haben am 16. März 2023 unter der Nr. **14543/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Demonstrationen in Wien unter rechtsextremer Beteiligung im Jahr 2023“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8:

- *Wie viele Demonstrationen mit oben genanntem fanden im Zeitraum zwischen 1. Jänner und dem Stichtag 13. März 2023 statt? (Bitte um Auflistung nach Teilnehmer*innen, Ort und Datum)*
 - a. *Wie viele davon wurden vorab angemeldet?*
- *In wie vielen Fällen kam es zu Verstößen gegen das Verbotsgesetz zwischen 1. Jänner und dem Stichtag 13. März im Kontext der genannten Demonstrationen? (Bitte um Auflistung nach Ort und Datum)*
- *In wie vielen Fällen kam es zu Verstößen gegen das Symbolegesetz im Kontext der genannten Demonstrationen zwischen 1. Jänner und dem Stichtag 13. März? (Bitte um Auflistung nach Ort und Datum)*
- *Wie Einsatzstunden seitens der Polizei wurden insg. im Kontext von genannten Demonstrationen zwischen 1. Jänner und dem Stichtag 13. März 2023 eingesetzt?*

- *Wie viele Beamt:innen waren am 5.3.2023 zum Zeitpunkt der Demonstration rund um das Österreichische Parlament im Einsatz?*
 - a. *Kam es am 5.3.2023 zu Amtshandlungen rund um das Österreichische Parlament?*
 - i. *Wenn ja, weswegen?*
- *Zu wie vielen Anzeigen kam es wegen Verstößen gegen österreichische Rechtsnormen wurden insgesamt in der Zeit von 1. Jänner und 13. März 2023 im Kontext der genannten Demonstrationen? (Bitte um Auflistung nach §, Datum und Ort)*
 - a. *Kam es konkret am 5.3.2023 zu Anzeigen (Bitte um Auflistung nach § und Ort)*
- *Zu wie vielen Festnahmen kam es zwischen 1. Jänner und dem Stichtag 13. März 2023 im Kontext der genannten Demonstrationen? (Bitte um Auflistung nach §, Datum und Ort)*
- *Welche Straßen wurden von den Einsatzkräften jeweils wie lange gesperrt? (Bitte um detaillierte Angaben)*
 - a. *Kam es auch zu Verkehrsbehinderungen im öffentlichen Verkehr?*
 - b. *Kam es zu Verkehrsblockaden durch die Demonstrationsteilnehmenden?*
 - i. *Wenn ja, wie lange dauerten diese jeweils?*

Einleitend ist anzumerken, dass es einer Interpretation bedürfte, nämlich ob „mit oben genanntem“ die Einleitung zur Parlamentarischen Frage gemeint ist. Unklar dabei ist (und auch bei allen Folgefragen mit der Wortfolge „im Kontext der genannten Demonstrationen“), ob damit alle Demonstrationen von „Impfgegner*innen, gegen die Corona-Impfpflicht, gegen Migration, gegen die NATO, pro – Russland“ im Anfragezeitraum gemeint sind, oder von diesen nur jene, welche unter „Beteiligung bekannter Rechtsextremer und rechtsextremistischer Gruppierungen ...“ stattfanden. Allerdings könnte sich die Wortfolge „im Kontext der genannten Demonstrationen“ in den Folgefragen auch nur auf die angefragte Auflistung in Frage 1 beziehen.

Die Wortfolge „rund um das Österreichische Parlament“ bedürfte angesichts des nicht definierten Umkreises um das Parlament allenfalls einer Auslegung.

Die Fragestellungen sind aus den genannten Gründen nicht ausreichend determiniert und bedürften somit einer Interpretation.

Darüber hinaus wird angemerkt, dass keine anfragespezifischen Statistiken (sämtliche Demonstrationen und damit einhergehende Verstöße gegen österreichische Rechtsnormen, Straßensperren, Verkehrsblocken, Einsatzstunden, Verstöße gegen Symbolegesetz/Verbotsgesetz etc.) geführt werden. Es darf mitgeteilt werden, dass die Themen der angemeldeten Demonstrationen zumeist keine konkrete Zuordnung zu

„Impfgegner*innen, gegen die Corona-Impfpflicht, gegen Migration, gegen die NATO, pro – Russland“ zulassen. Es wäre dazu eine Bewertung bzw. Einschätzung erforderlich, die nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpretationsrechtes sind.

Von einer anfragebezogenen manuellen Auswertung sämtlicher im Anfragezeitraum stattgefundener Versammlungen/Demonstrationen ist aufgrund des exorbitanten Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden enormen Ressourcenbindung im Sinne der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand zu nehmen.

Zu den Fragen 9 und 10:

- *Ist in ihrem Ressort bekannt, über welche Informationskanäle rechtsextreme Gruppen für diese Demonstration mobilisiert haben? (Bitte um detaillierte Angaben)*
- *Ist in Ihrem Ressort bekannt, ob die Gruppe der Identitären, „Die Österreicher“ oder Gruppen aus dem Spektrum der sog. „Neuen Rechten“ an der Demonstration teilgenommen haben?*

Auf Grund der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit, insbesondere auf Grund des Interesses der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, muss von einer Beantwortung dieser Fragen Abstand genommen werden. Hierzu darf ausgeführt werden, dass aus jedweder Beantwortung – und sei es auch eine verneinende – Rückschlüsse gezogen werden können, aktuelle oder zukünftige Ermittlungen konterkariert und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschwert bzw. in gewissen Bereichen unmöglich gemacht werden.

Gerhard Karner

